für den 1. Wahlgang in Aussicht genommen. Es ist aber nicht unmöglich, daß dieser Termin nun auf einen früheren Tag angesetzt wird. Im Falle der Zustimmung Hindenburgs zu einer Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidaten wird vermutlich nur ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt werden und eine Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgange würde dann gesichert sein.

Der Reichskanzler dürfte wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages dem Reichspräsidenten Bericht über seine Verhandlungen erstatten.

•

Die Kosten der Volkswahl

Berlin, 11. 1. Da aller Voraussicht nach die Neuwahl des Reichspräsidenten nicht durch den Reichstag, sondern durch eine allgemeine Volkswahl erfolgen wird, dürfte die Oeffentlichkeit sich für die Kosten dieser Wahl interessieren. Wie das 8-Uhr-Abendblatt zu berichten weiß, haben sich seinerzeit bei der Wahl Hindenburgs die Kosten auf insgesamt 4 250 000 Mark beziffert. In dieser Summe sind die Kosten für den ersten und zweiten Wahlgang enthalten. Das Reich trägt vier Fünftel und die Gemeinden ein Fünftel dieser Kosten.

•

Pariser Echo

Paris, 12. 1. (Funkspruch.) Die Weigerung der Rechtsparteien, einer parlamentarischen Verlängerung des Amtes des Reichspräsidenten zuzustimmen, wird in den Pariser Blättern als eine Niederlage Dr. Brünings bezeichnet. Das „Echo de Paris" schreibt u. a., daß das politische Prestige der beiden Rechtsparteien und besonders der Nationalsozialisten bedeutend gewonnen habe. Beide Parteien hätten außerdem sehr geschickt manövriert und dem Reichskanzler eine politische Niederlage beigebracht. Der gleichen Auffassung sind eine Reihe anderer Blätter, zu denen auch das linksradikale „Oeuvre" zählt, das ebenfalls von einer Niederlage des Reichskanzlers spricht.

Englisches Kabinett

Keine Drohung, sondern Feststellung von Tatsachen

London, 12. 1. (Funkspruch.) Das englische Kabinett hat es der „Times" zufolge abgelehnt aus der Erklärung Brünings über die Tributfrage eine Drohung oder ein Ultimatum herauszulesen. Die Erklärung gebe nach Auffassung des Kabinetts lediglich die Ansichten der deutschen Regierung über die Lage wieder, wie sie durch den Baseler Bericht aufgedeckt worden sei. Das englische Kabinett sei weiter der Meinung, daß es im Augenblick nichts in der Frage zu tun habe, ob Dr. Brüning der richtigen Zeitpunkt für seine Erklärung gewählt habe. Somit entfalle jetzt die Notwendigkeit der Erklärung beizustimmen, oder sie zu verurteilen. Die Gelegenheit hierzu werde erst in Lausanne kommen.

„Preise laut Notverordnung"

Die Besprechung des Reichskommissars für Preisüberwachung mit den Vertretern der Länder

Berlin, 11. 1. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hatte, wie bereits gemeldet, die Vertreter der Länder und die Beauftragten des Reichskommissars für Bayern und Sachsen zu einer Besprechung über die Durchführung der Preisüberwachung und die bisher gewonnenen Erfahrungen gebeten. Erörtert wurden Fragen der Brot- und Fleischbildung, aus den Gebieten der Mühlenindustrie und des Mehlhandels (Mühlenspanne und Mehlhandelsspanne), die Begrenzung der Zuschläge in den Arzneitaxen und die sich für die weitere Zeit ergebenden Aufgaben. Die Besprechung ergab Uebereinstimmung über die bisherigen Maßnahmen und die weiter in Angriff zu nehmenden Arbeiten. Der Reichskommissar teilte mit, daß teils Verhandlungen bereits im Gange seien, teils für die nächste Zeit bevorstünden, um weitere Preissenkungen herbeizuführen. Da die Durchführung der Preisschilderverordnung noch verschiedentlich zu wünschen übrig läßt, hat der Reichskommissar mit größter Bestimmtheit vorzugehen. Es wurde festgestellt, daß das Einsetzen von sogenannten Staffelpreisen in die Preisschilder unzulässig sei. Jeder einzelne habe neue schärfste Kalkulation vorzunehmen und alle irgend möglichen Erleichterungen bei der Preisfestsetzung den Kunden bei der Preisbildung nutzbar zu machen. Es sei auch unzulässig, die amtlich vorgeschriebenen Preisschilder mit Reklamebeiwerk oder Vermerken wie z. B. „Preise laut Notverordnung" zu versehen.

Gandhi gegen die Goldausfuhr aus Indien

Bombay, 12. 1. (Funkspruch) Am Montag wurde eine neue Botschaft Gandhis bekannt, in der es u. a. heißt: „England ist bankerott, daher kürzt es sich mit allen Mitteln auf Indiens Goldreserven. Wenn die Goldausfuhr aus Indien so fortgeht, dann wird Indien bankerott werden. Wir müßten daher verrückt sein, wenn wir das bißchen Gold ausgeben, um dafür Rupien oder Noten zu erhalten, deren zukünftiger Wert wahrscheinlich praktisch bis auf den Nullpunkt herabsinken wird wie die deutsche Mark."

Gerüchtweise verlautet, daß Gandhi möglicherweise nach Abgabe des Ehrenworts aus dem Gefängnis entlassen werden und an einem abgelegenen Ort Aufenthalt nehmen soll, wo er nur mit wenig Leuten in Berührung kommt. Bezeichnend ist, daß der gemäßigte Führer Jayakar nach seiner Unterredung mit dem Vizekönig sich sofort nach Poona begeben hat, wo Gandhi in Haft sitzt.

Briand bleibt Außenminister?

Die internationalen Verhandlungen werden von Laval geführt

Der unschlüssige Briand

Paris, 12. 1. (Funkspruch.) Die Verhandlungen über die Beilegung der Ministerkrise haben im Laufe des Montag keinerlei Veränderung erfahren. Ministerpräsident Laval wird erst heute (Dienstag) den Außenminister aufsuchen, von dessen endgültiger Haltung es nunmehr abhängt, ob eine weitgehende Neubesetzung des Kabinetts stattfindet oder ob Laval sich damit begnügt, das Kriegsministerium an Tardieu zu übergeben und das Landwirtschaftsministerium durch einen Senator zu besetzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Briand seine ursprünglich geäußerte Rücktrittsabsicht wieder fallen läßt und sich bereit erklärt, sein Portefeuille weiter zu behalten. Das wird jedoch kaum etwas an der Tatsache ändern, daß die kommenden internationalen Verhandlungen von Laval selbst geführt werden.

Kampf um Briand

Paris, 11. 1. Hinter den Kulissen wird um Briand ein harter Kampf geführt. Während seine Freunde alles tun, um ihn zur Zurücknahme seines nur mündlich vorgebrachten Rücktrittswunsches zu bewegen, sind seine Gegner lebhaft bemüht, seinen Entschluß als unwiderruflich darzustellen und sein Ausscheiden zu erzwingen. Dieser Kampf spiegelt sich auch in der Presse wieder, da ein Teil der Blätter den Rücktritt Briands als vollzogen ansieht, während andere ebenso betonen, daß von einer Krise am Quai d'Orsay gar keine Rede sein könne. Ein verstärkt auftretendes Gerücht will wissen, daß Briand garnicht die Absicht habe, im Falle einer einfachen Umbildung des Kabinetts zurückzutreten. Amtlicherseits hüllt man sich in Schweigen. Laval berichtete dem Staatspräsidenten über die Lage.

Das Bier wird billiger

Die Besprechungen, die der Reichskommissar für die Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, mit den Vertretern des deutschen Brauerei- und Gastwirtsgewerbes wegen einer Verbilligung des Bierpreises geführt hat, haben jetzt dazu geführt, daß von den beteiligten Kreisen der Regierung eine Ermäßigung um 10 RM. je Hektoliter Vollbier vorgeschlagen worden ist, vorausgesetzt, daß die Brausteuer entsprechend herabgesetzt wird. Darüber hinaus wollen auch die Gastwirte die Ausschankpreise um den doppelten Betrag der Ermäßigung der Brausteuer kürzen. Das würde also bedeuten, daß ab 1. Februar das große Glas Bier 10 Rpfg. und das kleine Glas Bier 5 Rpfg. billiger würde. Sowohl die Brauereien als auch die Gastwirte vertreten die Meinung, daß die Senkung der Brausteuer und die damit verbundene Verbilligung des Bieres eine so erhebliche Steigerung des Konsums nach sich ziehen wird, daß der Fiskus trotz der Senkung der Brausteuer mit einer erheblichen Steigerung der steuerlichen Einnahmen aus dem Bier rechnen könne. Wenn bis zur Stunde eine endgültige Entscheidung über den Umfang der Biersteuerermäßigung noch nicht gefallen ist, so ist das auf Kompetenzfragen zurückzuführen, weil bei der Ermäßigung der Brausteuer nicht nur das Reich und die Länder, sondern beispielsweise in Norddeutschland auch die Gemeinden mitzusprechen haben. In Bayern dagegen kennt man eine Gemeindebiersteuer überhaupt nicht.

Voraussichtlich wird der Reichsfinanzminister dem Reichsrat schon in den nächsten Tagen einen Entwurf vorlegen, der eine Senkung der Brausteuer vorsieht. In der Vorlage soll betont werden, daß die in den Jahren 1930 und 1931 vorgenommenen Erhöhungen der Biersteuern den erwarteten Mehrertrag nicht gebracht haben. Die Reichsbiersteuer ist im Etatsjahr 1930/31 mit einem Aufkommen von 473 Mill. RM. zum ersten Male hinter dem Voranschlag mit 77 Mill. RM. zurückgeblieben. Für das neue Etatsjahr 1931/32 hat die Reichsregierung selbst den ursprünglich eingesetzten Voranschlag von 510 Mill. auf 460 Mill. RM. herabgesetzt. Auch diese Summe wird nicht erreicht werden.

Ministerpräsident Braun an die geretteten Bergleute

7 Bergleute nach 144 Stunden lebend aus dem Beuthener Unglücksschacht geborgen

Eine Rettungskolonne beim Abtransport eines Verletzten.

Den mit beispielloser Aufopferung betriebenen Bergungsarbeiten der unermüdlichen Hilfsmannschaften ist es nach sechstägiger Arbeit gelungen, 7 der verschütteten Bergleute, die man bereits tot geglaubt hatte, noch lebend zu bergen. Das Schicksal der übrigen Verschütteten ist noch ungewiß.

•

Berlin, 11. 1. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat Ministerpräsident Dr. Braun an den zuerst geretteten der bei der Karsten-Zentrum-Grube verschütteten 14 Bergleute, Paul Kulpok, der sich im Beuthener Knappschaftslazarett befindet, folgendes Telegramm gerichtet:

„Ihre und Ihrer Arbeitskollegen glückliche Errettung nach sechstägiger Verschüttung hat mich mit größter Freude erfüllt. Ich spreche Ihnen allen dazu auch im Namen des preußischen Staatsministeriums die aufrichtigsten Glückwünsche aus und hoffe von Herzen, daß es gelingen möge, Ihre noch abgeschnittenen Kameraden gleichfalls lebend aufzufinden. Ihnen und den bisher Geretteten bitte ich, von diesem Telegramm Kenntnis zu geben und wünsche baldige Genesung."

An die Verwaltung der Karsten-Zentrum-Grube in Beuthen hat Ministerpräsident Braun folgendes telegraphiert:

„Mit größter Freude habe ich vernommen, daß es dem unermüdlichen Eifer der an den Bergungsarbeiten beteiligten Bergleuten gelungen ist, mehrere ihrer verschütteten Kameraden nach sechstägiger Abgeschlossenheit lebend aufzufinden. Ich bitte, an die am Rettungswerk Mitwirkenden meinen und des preußischen Staatsministeriums aufrichtigen Dank für diese hervorragende Tat zu übermitteln. Gleichzeitig gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß die weiteren Bergungsarbeiten ebenso erfolgreich sein mögen."

Bisher kein Lebenszeichen von den noch eingeschlossenen Bergleuten

Beuthen, 11. 1. Alle Bemühungen, auch an die letzten sieben verschütteten Bergleute auf der Karsten-Zentrum-Grube heranzugelangen, waren bis Mitternacht ohne Ergebnis. Alle anderslautenden Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Insbesondere ist es unrichtig, daß die Eingeschlossenen sich durch Klopfzeichen bemerkbar gemacht hätten. Irgendein Lebenszeichen von ihnen ist, wie von zuständiger Stelle auf Anfrage erneut mitgeteilt wird, nicht zu vernehmen. Um nichts unversucht zu lassen, hat man eine Abhörvorrichtung, wie sie im Soppenkrieg an der Westfront verwendet wurde, mit in den Stollen genommen, in der Hoffnung, auf diese Weise vielleicht etwaige Zeichen besser vernehmen zu können. Ob allerdings diese Vorrichtung, deren Wirksamkeit im Kohlengestein überhaupt noch nicht erprobt ist, einen Nutzen haben wird, erscheint von vornherein fraglich. Das Schwergewicht der Bergungsarbeiten liegt nach wie vor bei den Rettungskolonnen, die in Stärke von etwa 30 Mann unermüdlich mit dem Abbauhammer dem Gestein zu Leibe gehen. Bohrmaschinen können vorläufig nicht in Tätigkeit treten und das Sprengen ist nach wie vor wegen der damit verbundenen großen Gefahren für Verschüttete und Retter vom Oberbergamt verboten.

Japan will den Feldzug fortsetzen

Tokio, 11. 1. Das japanische Kabinett trat am Montag zusammen. Ministerpräsident Inukai erstattete einen Bericht über die amerikanische Note und über Japans Stellungnahme. Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes erörterten die Lage in der Mandschurei. Das Kabinett stellte fest, daß ein Abbruch der militärischen Operationen in der Mandschurei unter keinen Umständen in Frage komme.

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, 12. Januar 1932.

Der sächsische Innenminister im Hochwassergebiet

Auch das Frankenberger Gebiet besichtigt

Wie bereits kurz gemeldet, hat der sächsische Innenminister Dr. Richter am Sonnabend das erzgebirgische Hochwassergebiet besichtigt. Der Innenminister traf um 10 Uhr in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Sorger vom sächsischen Finanzministerium, dem Dezernenten für Wasserbausachen, in Flöha ein. Er wurde hier von Kreishauptmann Dr. Grille, Amtshauptmann Dr. Oesterheit, Bürgermeister Möbius, Flöha, und den zuständigen Bausachverständigen begrüßt. Die Herren besichtigten die Schäden in Flöha und in Plaue-Bernsdorf, besonders die großen Dammbrüche, und fuhren dann in das Verwüstungsgebiet der Zschopau

bis nach Frankenberg.

Hier zeigten sich besonders die Felder unterhalb von Lichtenwalde verwüstet und die Gunnersdorfer Mühle stark beschädigt. Eine Brücke über dem Mühlgraben wurde fortgerissen. Von hier aus ging die Fahrt weiter nach Chemnitz, wo Oberbürgermeister Arlart mit den zuständigen Herren der Stadtverwaltung die Führung übernahm. Man besichtigte die Uferschäden an der Georgbrücke, die aufgerissenen Straßen in Furth und Glösa und fuhr weiter nach Altchemnitz und Harthau, wo man zahlreiche besonders stark heimgesuchte Privathäuser und das Gebäude der ehemaligen Aktienspinnerei besichtigte. In letzterem sind rund 40 Krempel, von denen jeder einen Wert von 900 Mark darstellt, durch die eindringenden Wassermassen mehr oder weniger stark beschädigt bzw. überhaupt unbrauchbar geworden. Ueber Burkhardtsdorf ging die Fahrt weiter nach Meinersdorf und Schönfeld, wo Freiherr v. Wirsing die Führung übernahm, da man inzwischen das Gebiet der Amtshauptmannschaft Annaberg betreten hatte. Man besichtigte das bekanntlich vom Hochwasser am meisten heimgesuchte Geyer, mußte aber dann infolge Einbruchs der Dunkelheit die Fahrt abbrechen, die in den nächsten Tagen fortgesetzt werden soll.

Am heutigen Dienstag weilten Mitglieder des sächsischen Landtages in unserem Bezirk, um die Wasserschäden zu besichtigen.

Wenn es auch verfrüht wäre, über irgendwelche Hilfsmaßnahmen der Regierung zu sprechen, die infolge der Finanznot in sehr enge Grenzen gedrängt werden dürften, so steht jedenfalls soviel fest, da die im öffentlichen Interesse liegenden Instandsetzungen von öffentlichen Straßen, Uferböschungen usw. sofort von Staatsseite in Angriff genommen werden und daß man auch unbedingt Sorge für Instandsetzung und Verstärkung etwa unsicher gewordener Dämme tragen wird, um eine Wiederholung von Dammbrüchen im kommenden Frühjahr unter allen Umständen zu verhüten.

•

Verbilligte Fahrt zum Theaterbesuch an Mittwochen

Ab 13. Jan. werden auf dem Bahnhof Frankenberg sowie den Haltepunkten Gunnersdorf und Dittersbach an Mittwochen verbilligte Rückfahrkarten zum Preise der Sonntagskarten für den Theaterbesuch in Chemnitz ausgegeben. Zum Nachweis des Theaterbesuchs ist bei Lösung der Fahrkarte die Theater-Eintrittskarte vorzulegen. Ist die Theaterkarte noch nicht gelöst, so muß beim Kauf der Fahrkarte am Fahrkartenschalter ein Gutschein für 1.50 Mark mit entnommen werden, der an der Theaterkasse für die Theaterkarte in Zahlung genommen wird.

•

Volksbühne Frankenberg

Aus verschiedenen Gründen ist es leider nicht möglich, im Monat Januar ein Gastspiel von Schauspielern der Chemnitzer Städt. Theater in Frankenberg durchzuführen. Es muß deshalb eine Aenderung im Spielplan vorgenommen werden. Die Vorstellung durch die Chemnitzer Künstler wird im Februar stattfinden. Dafür bringt die Sächsische Kulturbühne (Dir. H. Hampe) bereits am 22. Januar das (für Februar geplante) Lustspiel „Die Sache, die sich Liebe nennt" zur Aufführung.

•

† **Aus dem Pfarramt.** Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr sollen im neuen Jahre die Bibelstunden im Pfarramt, Eingang Winklerstraße, wieder ihren Anfang nehmen. Oberpfarrer Ludwig wird über „Zeitgemäße Fragen auf biblischer Grundlage" sprechen und dazu die betreffenden Schriftstellen auslegen. Es ist jedermann herzlich willkommen.

† **Der Erzgebirgsverein ehrt Pufendorf.** Am 8. Januar waren es bekanntlich 300 Jahre, daß der große Staatsrechtslehrer Samuel Pufendorf in dem Erzgebirgsdorfe Dorschemnitz bei Zwönitz geboren wurde. Der Erzgebirgsverein hielt es als Heimatverein für seine Pflicht, dieses großen Sohnes der engeren Heimat zu gedenken, indem er am Sonntag, 10. Januar, in der Kirche zu Dorschemnitz eine Gedenktafel anbrachte und in feierlicher Weise enthüllte. Außer dem Vorstand des Erzgebirgsvereins hatten sich zahlreiche Zweigvereine mit ihren Mitgliedern und eine stattliche Festgemeinde eingefunden. Der Vormittagsgottesdienst war der Erinnerung an den großen Sohn des ehemaligen Pfarrers von Dorschemnitz gewidmet. In feinsinniger Weise brachte der Ortsgeistliche Pfarrer lic. Dr. Heinisch seine Predigt mit dem Leben und Wirken Pufendorfs unter dem Worte: „Gemeinwohl geht vor Eigennutz" in Verbindung. Im Mittelpunkt der Feier stand die Festansprache des 2. stellv. Vorsitzers des Erzgebirgsvereins, Bürgermeister Schimpf-Buchholz. Das Erzgebirge den Wandernden zu erschließen, Liebe zur Heimat zu wecken und zu pflegen, habe sich der E. V. auf seine Fahne geschrieben. Als rechter Heimatfreund achte er aber auch darauf, kulturelle und geschichtliche Werte und Schätze zu heben, die im Erleben einst und jetzt der erzgebirgischen Heimat schlummern und oft noch verborgen liegen. In großen Strichen zeichnet er einen Lebensabriß des großen Staatsrechtslehrers, von dem Heinrich von Treitschke sagt: „Er ist einer jener arbeitsfrohen Männer, die unsere zu Tode erschöpfte Nation wieder einführten in den Kreis der Kulturvölker. Nachdem die von der Firma Lattermann in Morgenröthe in Bronze gegossene Tafel mit Namen, Geburtstag und Widmung des E. V. enthüllt war, dankte der Vorsitzer des E. V., Oberstudiendirektor Grundmann, dem Pfarrer und Kirchenvorstand von Dorschemnitz dafür, daß die Tafel in der Kirche angebracht werden durfte. Nicht die gegenwärtige Zeit allein habe den Erzgebirger schlicht gemacht, er ist immer schlicht gewesen, ebenso wie der große Tote, dem die heutige Ehrung gilt.

— **Hainichen.** Die erste Stadtverordnetensitzung des Jahres hatte nur eine kurze Dauer, da sie lediglich das neue Stadtverordnetenpräsidium zu wählen hatte. Die Wahl ergab unter Wiederwahl des ersten Vorstehers Fabrikbesitzers Großlaub ein rein bürgerliches Präsidium.

— **Chemnitz.** Dem Beispiel der nationalsozialistischen Chemnitzer Sektionen Mitte, Nord und West sind jetzt auch die Sektionen Ost und Sonnenberg gefolgt und haben sich an der Bernhardstraße ein aus sieben Räumen bestehendes eigenes Sektionsheim geschaffen, das dieser Tage mit schlichter Feier seiner Bestimmung übergeben wurde. Außer den Büroräumen für die Sektionsgeschäftsstelle umfaßt das Heim ein Sitzungszimmer, einen großen Aufenthaltsraum für erwerbslose Parteimitglieder und ein Schlafzimmer, um gelegentlich plötzlich wohnungslos gewordenen Kameraden eine Unterkunft für die Nacht zu schaffen. Eine Bücherei wird noch eingerichtet werden. — Im Rahmen der allgemeinen Sparmaßnahmen wird voraussichtlich Ende März auch die Abteilung Moritzburg der Landesblindenanstalt Chemnitz-Altendorf für Späterblindete und in der Berufsausbildung stehende Blinde eingezogen und in die Hauptanstalt Chemnitz-Altendorf zurückverlegt. Ebenso soll in der Blindenhilfsschule in Königswartha nur das Blindenheim und eine Jugendabteilung verbleiben. Man glaubt,

Pflege Deinen Hals täglich —
Gurgle trocken
mit
Wybert
es gehört das zur Hygiene wie das Putzen Deiner Zähne!